

# BGH-Leitsatz-Entscheidungen

## Heute neu:

1. [UWG, BGB: Werbung mit Garantieverprechen](#)  
Urteil 14.04.2011, I ZR 133/09
2. [UWG, ZPO: abstrakte Umschreibung der beanstandeten Werbeanzeige](#)  
Urteil 07.04.2011, I ZR 34/09
3. [KUG: Werbung mit der Titelseite einer Nullnummer](#)  
Urteil 18.11.2010, I ZR 119/08
4. [GmbHG: verdeckte Sacheinlage bei Ablösung eines Darlehens](#)  
Urteil 12.04.2011, II ZR 17/10
5. [BJagdG: Nachmeldung neuer Wildschäden](#)  
Urteil 05.05.2011, III ZR 91/10
6. [FamFG: Rechtsbeschwerde bei Zurückweisung eines Haftaufhebungsantrags](#)  
Beschluss 28.04.2011, V ZB 292/10
7. [AufenthG: Zurückschiebung an der Grenze](#)  
Beschluss 28.04.2011, V ZB 239/10
8. [SGB VII: gemeinsame Betriebsstätte in Ladezone eines Baumarktes](#)  
Urteil 10.05.2011, VI ZR 152/10
9. [ZPO, BGB: Zwischenfeststellungsklage gegen den Bürgen](#)  
Urteil 05.05.2011, VII ZR 179/10
10. [InsO: rechtsmißbräuchlicher Insolvenzantrag gegen Wettbewerber](#)  
Beschluss 19.05.2011, IX ZB 214/10
11. [InsO: Verlängerung der Stundung der Verfahrenskosten](#)  
Beschluss 05.05.2011, IX ZB 136/09
12. [ZPO, BGB: internationale Zuständigkeit für Klagen gegen ausländische Broker](#)  
Urteil 12.04.2011, XI ZR 101/09
13. [FamFG: Beginn der Beschwerdefrist bei Zustellung an Betreuer](#)  
Beschluss 04.05.2011, XII ZB 632/10
14. [StGB: Vorliegen einer Verdeckungsabsicht](#)  
Urteil 17.05.2011, 1 StR 50/11
15. [StGB: Anordnung der Fortdauer der Maßregelvollstreckung](#)  
Beschluss 23.05.2011, 5 StR 440/10

## Urteile und Beschlüsse:

### 1. UWG, BGB: Werbung mit Garantieverprechen

Urteil 14.04.2011, I ZR 133/09

UWG § 4 Nr. 11, BGB § 477 Abs. 1, Richtlinie 1999/44/EG Art. 6 Abs. 1 und 2

a) Unter den Begriff der Garantierklärung im Sinne des § 477 Abs. 1 Satz 1 BGB fällt nur die zum Abschluss eines Kaufvertrages oder eines eigenständigen Garantievertrages führende Willenserklärung, nicht dagegen die Werbung, mit der eine Garantie im Zusammenhang mit Verkaufsangeboten noch nicht rechtsverbindlich versprochen wird, sondern die den Verbraucher lediglich zur Bestellung auffordert.

b) Wirbt ein Unternehmer für den Verkauf eines Verbrauchsguts mit einer Garantie, müssen die in § 477 Abs. 1 Satz 2 BGB geforderten Angaben (Hinweis auf die gesetzlichen Rechte des Verbrauchers sowie darauf, dass sie durch die Garantie nicht eingeschränkt werden; Inhalt der Garantie und alle wesentlichen Angaben, die für die Geltendmachung der Garantie erforderlich sind) nicht bereits in der Werbung gemacht werden. Aus Art. 6 Abs. 2 der Richtlinie 1999/44/EG, deren Umsetzung § 477 Abs. 1 Satz 2 BGB dient, ergibt sich nichts anderes.

## **2. UWG, ZPO: abstrakte Umschreibung der beanstandeten Werbeanzeige**

Urteil 07.04.2011, I ZR 34/09

Leistungspakete im Preisvergleich

a) Ein Unterlassungsantrag, der die zu untersagende Werbeanzeige zwar abstrakt umschreibt, dann aber mit einem Vergleichspartikel ("wie geschehen .") oder mit einem entsprechenden Konditionalsatz ("wenn dies geschieht wie .") auf die beanstandete Anzeige Bezug nimmt, ist auf das Verbot der konkreten Verletzungsform gerichtet. Erweist sich die beanstandete Anzeige aufgrund des vorgetragenen und festgestellten Lebenssachverhalts als wettbewerbswidrig, ist das Verbot auszusprechen, auch wenn nicht der in die abstrakte Umschreibung aufgenommene, sondern ein anderer Gesichtspunkt die Wettbewerbswidrigkeit begründet (im Anschluss an BGH, Urteil vom 8. Oktober 1998 - I ZR 107/97, WRP 1999, 512, 515 - Aktivierungskosten I; Urteil vom 2. Juni 2005 - I ZR 252/02, GRUR 2006, 164 Rn. 14 = WRP 2006, 84 - Aktivierungskosten II).

b) Dem Gläubiger eines Unterlassungsanspruchs, der bereits wegen einer ähnlichen Verletzungshandlung einen Unterlassungstitel erstritten hat und deswegen die nunmehr beanstandete konkrete Verletzungshandlung möglicherweise auch im Wege der Zwangsvollstreckung als Zuwiderhandlung gegen das bereits titulierte Verbot verfolgen könnte, kann nicht das Fehlen des Rechtsschutzbedürfnisses entgegengehalten werden, wenn der Ausgang im Zwangsvollstreckungsverfahren ungewiss ist und eine Verjährung der aufgrund des erneuten Verstoßes geltend zu

vom 19. Mai 2010 - I ZR 177/07, GRUR 2010, 855 = WRP 2010, 1935 - Folienrollos).

### **3. KUG: Werbung mit der Titelseite einer Nullnummer**

Urteil 18.11.2010, I ZR 119/08

KUG § 22 Satz 1, § 23 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2

Die Werbung für eine geplante Zeitung mit der Titelseite einer Nullnummer dieser Zeitung, auf der eine prominente Person abgebildet ist, verletzt nicht allein deshalb das Recht der abgebildeten Person am eigenen Bild, weil der zur Abbildung gehörende Artikel in der Werbung nicht lesbar ist und in der Zeitung nicht erscheinen sollte. Eine solche Werbung ist grundsätzlich zulässig, wenn sie die Öffentlichkeit über die Gestaltung und den Inhalt der geplanten Zeitung informiert (Fortführung von BGH, Urteil vom 29. Oktober 2009 - I ZR 65/07, GRUR 2010, 546 = WRP 2010, 780 - Der strauchelnde Liebling).

### **4. GmbHG: verdeckte Sacheinlage bei Ablösung eines Darlehens**

Urteil 12.04.2011, II ZR 17/10

GmbHG § 56 Abs. 2, § 19 Abs. 4

a) Wenn mit der Bareinlage ein Darlehen abgelöst wird, für dessen Rückzahlung sich der Inferent verbürgt hat, leistet er nicht verdeckt eine Sacheinlage.

b) In der Tilgung eines vom Ehegatten des Inferenten gewährten Darlehens mit der Bareinlage liegt eine verdeckte Sacheinlage, wenn das Darlehen wirtschaftlich vom Inferenten gewährt wurde oder die Einlage mit Mitteln bewirkt wird, die dem Inferenten vom Ehegatten zur Verfügung gestellt worden sind. Das Näheverhältnis des Inferenten zum Darlehensgeber genügt nicht.

### **5. BJagdG: Nachmeldung neuer Wildschäden**

Urteil 05.05.2011, III ZR 91/10

BJagdG § 34 Satz 1

Zur Erforderlichkeit der Nachmeldung neuer, zwischen der ersten Meldung und der sachverständigen Schadensbegutachtung auftretender Wildschäden bei landwirtschaftlich genutzten Flächen (im Anschluss an BGH, Urteil vom 15. April 2010 - III ZR 216/09, VersR 2010, 1318).

## **6. FamFG: Rechtsbeschwerde bei Zurückweisung eines Haftaufhebungsantrags**

Beschluss 28.04.2011, V ZB 292/10

FamFG § 70 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3, Satz 2; § 426 Abs. 2 Satz 1, FamFG §§ 45, 62 Abs. 1; § 426 Abs. 2 Satz 1

Die Rechtsbeschwerde ist auch dann ohne Zulassung statthaft, wenn sie sich gegen einen Beschluss des Beschwerdegerichts richtet, mit welchem die Beschwerde gegen die Zurückweisung eines Haftaufhebungsantrags zurückgewiesen worden ist.

Die formelle Rechtskraft der Entscheidung über die Haftanordnung kann nicht durch ein Haftaufhebungsverfahren durchbrochen werden; hat sich die Haftanordnung erledigt, kann deshalb das Rechtsmittelgericht die Rechtsverletzung erst ab dem Eingang des Haftaufhebungsantrags bei dem Gericht des ersten Rechtszugs feststellen.

## **7. AufenthG: Zurückschiebung an der Grenze**

Beschluss 28.04.2011, V ZB 239/10

AufenthG § 71 Abs. 3 Nr. 1

Eine in die Zuständigkeit der Bundespolizei fallende Zurückschiebung an der Grenze ist nur gegeben, wenn der Ausländer in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit seiner unerlaubten Einreise im Grenzgebiet angetroffen wird.

## **8. SGB VII: gemeinsame Betriebsstätte in Ladezone eines Baumarktes**

Urteil 10.05.2011, VI ZR 152/10

SGB VII § 106 Abs. 3 Fall 3

Der Mitarbeiter eines Baumarkts, der gekaufte Ware mit einem Gabelstapler aus dem Lager in den Bereich der Ladezone transportiert und dort zur Verladung durch den Käufer bereit stellt, verrichtet seine Tätigkeit nicht notwendigerweise auf einer "gemeinsamen Betriebsstätte" mit dem Arbeitnehmer des Käufers, der die Ware mit einem Transportfahrzeug abholen soll.

## **9. ZPO, BGB: Zwischenfeststellungsklage gegen den Bürgen**

Urteil 05.05.2011, VII ZR 179/10

ZPO § 256 Abs. 2, BGB § 307 Abs. 1 Bf., Cf.

Die Erhebung einer Zwischenfeststellungsklage des Sicherungsnehmers gegen den Bürgen über die Wirksamkeit einer Sicherungsabrede in einem Bauvertrag ist zulässig, wenn nicht ausgeschlossen ist, dass dem Sicherungsnehmer vom Sicherungszweck umfasste Forderungen gegen den Sicherungsgeber zustehen, die nicht Gegenstand des Klageverfahrens in der Hauptsache sind (Fortführung von BGH, Urteil vom 17. Mai 1977 - VI ZR 174/74, BGHZ 69, 37).

BGB § 307 Abs. 1 Bf., Cf.

Ein in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftraggebers eines Bauvertrags enthaltenes Klauselwerk, wonach Gewährleistungsansprüche und Überzahlungsansprüche bis zur vorbehaltlosen Annahme der Schlusszahlung des Auftraggebers in Höhe von 10 % der Auftrags-, bzw. Abrechnungssumme gesichert sind, benachteiligt den Auftragnehmer unangemessen.

#### **10. InsO: rechtsmißbräuchlicher Insolvenzantrag gegen Wettbewerber**

Beschluss 19.05.2011, IX ZB 214/10

InsO § 14 Abs. 1

Ein Insolvenzantrag ist als rechtsmissbräuchlich zu erachten, wenn mit dem Insolvenzverfahren der ausschließliche Zweck verfolgt wird, einen Konkurrenten aus dem Wettbewerb zu entfernen.

#### **11. InsO: Verlängerung der Stundung der Verfahrenskosten**

Beschluss 05.05.2011, IX ZB 136/09

InsO §§ 4b, 258 Abs. 2

a)Über eine Verlängerung der Verfahrenskostenstundung wird nur auf Antrag entschieden.

b)Nach Bestätigung des Insolvenzplans und Aufhebung des Insolvenzverfahrens kommt eine weitere Stundung der Verfahrenskosten nicht in Betracht.

#### **12. ZPO, BGB: internationale Zuständigkeit für Klagen gegen ausländische Broker**

Urteil 12.04.2011, XI ZR 101/09

ZPO § 32, BGB § 826 A

a)Deutsche Gerichte sind international zuständig für Klagen gegen ausländische

(Festhalten an BGH, Urteil vom 9. März 2010 - XI ZR 93/09, BGHZ 184, 365 nach Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde).

b) Ein ausländischer Broker beteiligt sich bedingt vorsätzlich an einer vorsätzlichen sittenwidrigen Schädigung von Kapitalanlegern durch einen inländischen Terminoptionsvermittler, wenn er diesem ohne Überprüfung seines Geschäftsmodells bewusst und offenkundig den unkontrollierten Zugang zu ausländischen Börsen eröffnet (Festhalten an BGH aaO).

### **13. FamFG: Beginn der Beschwerdefrist bei Zustellung an Betreuer**

Beschluss 04.05.2011, XII ZB 632/10

FamFG §§ 41 Abs. 1 Satz 2, 63 Abs. 3 Satz 1, 275, ZPO § 170 Abs. 1 Satz 1 i.V.m., FamFG § 15 Abs. 2 Satz 1, FamFG §§ 41 Abs. 1 Satz 2, 63 Abs. 3 Satz 1, 275, ZPO § 170 Abs. 1 Satz 1 i.V.m., FamFG § 15 Abs. 2 Satz 1

Ist nach § 41 Abs. 1 Satz 2 FamFG ein anfechtbarer Beschluss zuzustellen, weil er dem erklärten Willen des Adressaten nicht entspricht, so wird die Beschwerdefrist für den Betroffenen in einer Betreuungssache nur durch Zustellung an ihn selbst in Lauf gesetzt. Die Zustellung an den Betreuer bleibt auf den Beginn der Beschwerdefrist für den Betroffenen auch dann ohne Einfluss, wenn der Betreuer für den Aufgabenkreis "Entgegennahme, Anhalten und Öffnen der Post" bestellt ist.

### **14. StGB: Vorliegen einer Verdeckungsabsicht**

Urteil 17.05.2011, 1 StR 50/11

StGB § 211 Abs. 2

Zu den Anforderungen an das Vorliegen von Verdeckungsabsicht (im Anschluss an Senatsurteil vom 1. Februar 2005 - 1 StR 327/04 = BGHSt 50, 11 f.).

### **15. StGB: Anordnung der Fortdauer der Maßregelvollstreckung**

Beschluss 23.05.2011, 5 StR 440/10

StGB § 2 Abs. 6, § 67d Abs. 3 Satz 1

In Fällen, in denen die erstmalige Unterbringung eines Verurteilten in der Sicherungsverwahrung wegen Taten angeordnet wurde, die vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen schweren Straftaten vom 26. Januar 1998 (BGBl I 160) begangen worden waren, darf die Fortdauer der Maßregelvollstreckung über zehn Jahre hinaus auf der Grundlage der bis zu einer Neuregelung, längstens bis 31. Mai 2013 weiter anwendbaren Vorschrift des § 67d Abs.

hochgradige Gefahr schwerster Gewaltoder Sexualstraftaten aus konkreten Umständen in der Person oder dem Verhalten des Untergebrachten abzuleiten ist und dieser an einer psychischen Störung im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (ThUG) leidet; andernfalls ist die Maßregel - spätestens mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 - für erledigt zu erklären (BVerfG, Urteil vom 4. Mai 2011 - 2 BvR 2365/09 u.a.).